

Presseerklärung des Diözesankomitees der Katholiken im Bistum Regensburg

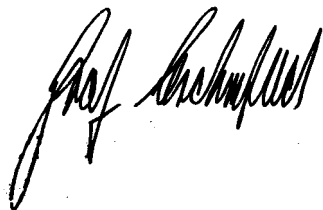
Der Bund für Geistesfreiheit Regensburg wirft in einer öffentlichen Erklärung den 1,2 Millionen Katholiken im Bistum Regensburg und ihren Repräsentanten Verfassungsfeindlichkeit vor. Als höchstes Laiengremium im Bistum sehen wir diese Erklärung als Verunglimpfung und als Versuch, katholische Bürgerinnen und Bürger zu diskriminieren. Als Christinnen und Christen werden wir auch in Zukunft von dem verfassungsgemäßen Recht Gebrauch machen, uns als gläubige Menschen in Staat und Gesellschaft einzubringen und unsere Standpunkte vernehmlich zu äußern. Das gilt für jeden Katholiken, für die Laiengremien und für unsere Repräsentanten in kirchlichen Ämtern. Die diskriminierenden Äußerungen der Atheistenorganisation bewerten wir als schweren Rechtsbruch und als Angriff auf unsere Grundrechte. Wir fordern dazu auf, solchen Hasspredigten kein öffentliches Forum zu bieten.

Ferner weisen wir entschieden die Behauptung zurück, die Kirche habe kaltherzig gegen Opfer von Missbrauchsstraftätern gehandelt. Wir bewerten diese Aussage als Versuch, Opfer von Straftaten im Sinne ideologischer Ziele auszunutzen.

Gleichzeitig fragen wir: Was tun Atheistenorganisationen für Missbrauchsoffer und für die Aufklärung von Straftaten durch Atheisten? Etwa in atheistischen Schulen, Internaten und Heimen? Wo bleibt die Entschuldigung für den Versuch atheistischer Politiker, sexuelle Handlungen mit Minderjährigen zu legalisieren? Wo ist der oder die Missbrauchsbeauftragte einer atheistischen Organisation? Welche materiellen Anerkennungsleistungen werden atheistische Organisationen den Opfern von Missbrauchsstraftaten bezahlen, die in atheistischen Organisationen begangen wurden?

Regensburg, den 12. April 2011

Für den Vorstand des Diözesankomitees der Katholiken im Bistum Regensburg



Philipp Graf Lerchenfeld
Vorsitzender des Diözesankomitees